

Gentges: Keine Sonderrolle für Lahr

Die Justizministerin und Landtagsabgeordnete nimmt gegenüber unserer Redaktion Stellung zu einem möglichen Flüchtlingszentrum des Landes in der Stadt. Bei Verwaltungsspitze und Gemeinderat regt sich derweil Widerstand.

■ Von Felix Bender, Herbert Schabel und Jonas Köhler

LAHR. Baden-Württemberg benötigt laut Justizministerium mittelfristig 12000 weitere Plätze für die Flüchtlingsunterbringung in seinen Erstaufnahmeeinrichtungen (EA). Dafür werden zurzeit 21 Liegenschaften geprüft, darunter zwei in der Landeshauptstadt Stuttgart, in der es bisher keine EA gibt. Außerdem in Waldkirch, Bruchsal, Böblingen, Ludwigsburg, Fellbach – und auch in Lahr. Hier hat das Land ein Auge auf ein Grundstück nördlich des Geländes der Hochschule für Polizei im Westen der Stadt geworfen (wir haben berichtet). Wie viele der 21 möglichen Standorte letztlich realisiert werden, steht nicht fest. Unsere Redaktion hat Reaktionen eingeholt.

— **Marion Gentges, Ministerin für Justiz und Migration (CDU):**

Die LZ hat am Donnerstag direkt bei Marion Gentges nachgehakt, schließlich ist sie nicht nur die zuständige Ministerin, sondern auch Lahrer Landtagsabgeordnete. Genau darauf, so Gentges, dürfe sie bei der Suche nach Standorten für Aufnahmeeinrichtungen keine Rücksicht nehmen: „Dass Lahr mein Wahlkreis ist, spielt überhaupt keine Rolle. Wenn uns ein Standort angeboten wird, sind wir verpflichtet, diesen zu prüfen.“ Dabei gehe es „einzig und allein“ darum, ob eine Immobilie geeignet sei oder nicht.

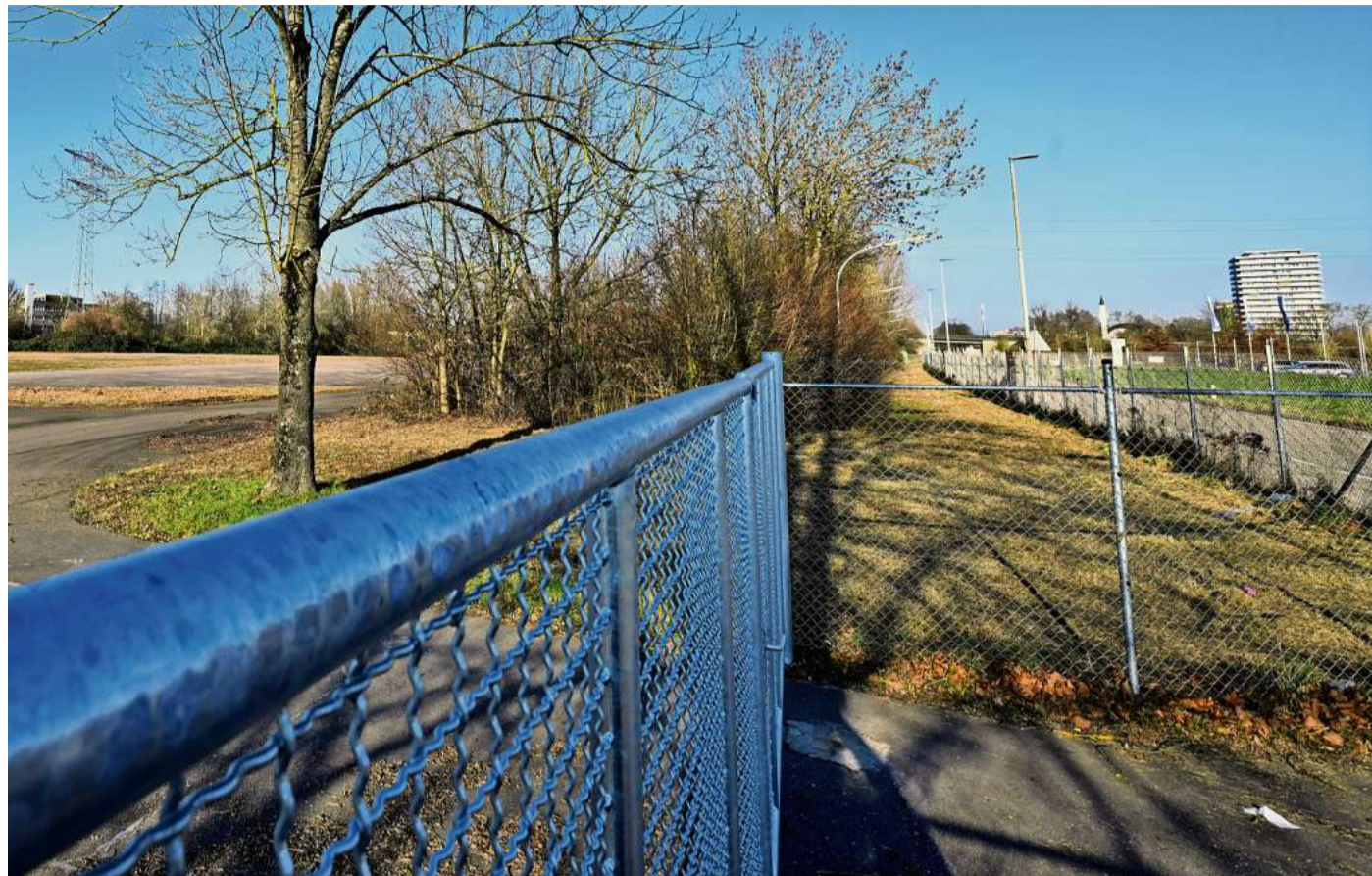
Wie wahrscheinlich der Bau eines Flüchtlingszentrums in der Stadt ist, sei derzeit nicht abzuschätzen, so Gentges: „Wir



Marion Gentges

befinden uns in einem extrem frühen Stadium der Vorprüfung.“ Das sei auch der Grund, warum Land und Stadt noch nicht von sich aus den Weg in die Öffentlichkeit gegangen seien. Klar ist, sagt Gentges: „Sollte eine Erstaufnahmeeinrichtung in Lahr entstehen, ergibt sich aus einer Landesverordnung eine direkte Entlastung.“ Die Regelung sieht vor, dass Stadt- und Landkreise bei der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen privilegiert werden, wenn sie Standort für eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes sind. Beispiel: Bei einer LEA-Kapazität von 500 Personen müssen 100 Asylsuchende pro Jahr weniger vorläufig untergebracht werden als bisher festgelegt. Dies soll sich direkt auf die Kommune auswirken, die LEA-Standort ist.

Fürchtet Gentges durch die nun öffentlich gewordenen Überlegungen des Landes ein weiteres Erstarken der AfD in Lahr? „Ich kenne natürlich die grundsätzlichen Mechanismen und speziell die Lage vor Ort. Aber wir können und dürfen uns bei unserem Handeln nicht von möglichen Folgen auf die



Auf diesem Grundstück in der Vogesenstraße könnte die Erstaufnahmeeinrichtung gebaut werden.

Foto: Wendling

Ergebnisse der Bundestagswahl leiten lassen“, sagt die CDUlerin, räumt aber ein, „die Diskussion ist zu diesem frühen Zeitpunkt sicherlich nicht ideal, da die Prüfung noch läuft und keine Ergebnisse vorliegen. Gleichzeitig ist es wichtig, Entscheidungen rein sachlich und ohne Rücksicht auf zeitliche oder politische Kontexte zu treffen.“

— **OB Markus Ibert:** Die Stadt hatte am Mittwoch auf das „frühe Stadium“ der Prüfung durch das Land verwiesen und deshalb keine Stellungnahme abgeben wollen. Tags darauf zeigte sich OB Markus auf LZ-Nachfrage auskunftsfreudiger: Grundsätzlich unterstütze die Stadt die Forderung des Städtetages Baden-Württemberg nach einer gerechten, passgenauen Verteilung von Flüchtlingen. „Ungeachtet einer gerade erst in Auftrag gegebenen Prüfung durch das zuständige Ministerium ist jedoch die besondere Situation in Lahr zu berücksichtigen“, so Ibert, der nach eigenen Angaben „kurz vor Weihnachten“ von den Überlegungen des Ministeriums zu einem möglichen Flüchtlingszentrum in Lahr erfahren hat. Aufgrund des ho-



Markus Ibert

hen Zuzugs in den vergangenen Jahren seien die Grenzen der Belastbarkeit erreicht, in vielen Bereichen sogar überschritten. „Es bestehen durchaus berechtigte Sorgen vor einer gesellschaftlichen Überforderung“, so der OB. Die Stadt erwarte deshalb, dass die Lahrer Gegebenheiten und die Kraftanstrengungen in den vergangenen Jahren beachtet werden. „Eine zusätzliche Belastung wäre nicht zu verantworten.“ Markus Ibert erwartet

eine Entscheidung „erst in einigen Monaten“. Der Gemeinderat sei informiert und werde „zu gegebener Zeit näher eingebunden“.

— **Eberhard Roth (Kommunale Freie Wähler):**

Der Fraktionsvorsitzende der Kommunalen Freien Wähler macht keinen Hehl aus seiner persönlichen Meinung zu einer EA in der Vogesenstraße: „Als verantwortlicher Kommunalpolitiker sehe ich das skeptisch.“ Einrichtungen wie diese gehörten nicht „in eine mittelgroße Stadt wie Lahr, sondern in Zentren wie Freiburg, Karlsruhe oder Stuttgart“. Es gehe nicht an, dass größere Städte „positive Infrastruktureinrichtungen“ wie etwa Universitätskliniken bekommen, Belastungen aber ausgelagert werden. Gerade Lahr habe bei der Integration seit jeher große Aufgaben zu meistern, deshalb solle der Bevölkerung nicht noch mehr zugemutet werden.

— **Christine Amann-Vogt (AfD):**

Im Gespräch mit unserer Redaktion nimmt Amann-Vogt das Wort „Betrug“ in den Mund. Was damit gemeint ist? „Die große Politik verspricht Abschiebungen, aber vor Ort werden Standorte für weitere Erstaufnahmeeinrichtungen gesucht“, so die AfD-Fraktionsvorsitzende. Sie selbst sei gegen eine EA in Lahr, denn die Stadt sei jetzt schon überlastet, es fehle an Wohnungen, Kita- und Schulplätzen. Deshalb könne sie jeden verstehen, der aufbegehrt. Wird die Lahrer AfD sich an die Spitze des Protests stellen, gar Unterschriften sammeln oder eine Petition starten? „Nein“, sagt Amann-Vogt. Man werde das Thema auch nicht im Wahlkampf ausschlagen. Aber sehr wohl die Menschen „aufklären“ – dass es sich um eine politische Entscheidung handelt, bei der keine Rücksicht auf lokale Strukturen und den Bürgerwillen genommen werde. Die Stadt Lahr könne dagegen nichts tun, „uns sind die Hände gebunden“.

— **Ilona Rempel (CDU):** Die Fraktionschefin der CDU sagt unserer Redaktion, dass sie auch von politisch gemäßigten Lahrem über die Migration zu hören bekomme: „Es reicht.“ Rempel positioniert sich deutlich gegen eine mögliche EA in der Stadt und nennt Zahlen, um ihre Ablehnung zu begründen:



Ilona Rempel

Lahr habe bereits jetzt einen Ausländeranteil von 25 Prozent, der gesamte Ortenaukreis dagegen lediglich von 15 Prozent. Ihre Forderung deshalb: „Lahr darf nicht zur Migrationshauptstadt des Landes werden.“ Sie wünscht sich, dass sich die Ratsfraktionen und die Stadt frühzeitig miteinander abstimmen und dem Land verdeutlichen, dass eine EA in der Stadt nicht gewollt ist. Auch deshalb, da die städtischen Kapazitäten etwa bei Kita- und Schulplätzen erschöpft seien.

— **Roland Hirsch (SPD):** Kommt die EA, sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende den „sozialen Frieden in der Stadt gefährdet“.

Seine Meinung ist klar: Eine solche Einrichtung würde „den Rahmen sprengen“. Lahr habe bei der Unterbringung und der



Roland Hirsch

Integration seine Aufgaben „exzellent erfüllt“. Schließlich gebe es bereits die Flüchtlingscontainer am Flugplatz oder die Unterkunft in der Geroldsecker Vorstadt. Nun stoße man aber „an gewisse Grenzen“. Hirsch sieht das Land in der

Verantwortung, auch die sozialen Strukturen vor Ort in Betracht zu ziehen. Mögliche Benefits vom Land, wenn die EA in Lahr realisiert wird, hält der Fraktionschef für unrealistisch. „Was soll das sein? Man sollte da keine Geschäfte machen.“ Auswirkungen der Debatte befürchtet Hirsch bereits für die anstehende Bundestagswahl. „Ich bin der festen Überzeugung, dass das Wasser auf die Mühlen der AfD ist.“

— **Sven Täubert (Grüne):** Der Fraktionsvorsitzende der Grünen hält es für „politisch richtig“, dass sich das Land nach zusätzlichen Standorten für Erstunterbringungen umsieht, „damit nicht wieder Turnhallen umfunktioniert werden müssen“. Darüber hinaus verweist er darauf, das vieles noch unklar ist, etwa wie groß die EA in Lahr werden könnte, ob eine Immobilie gebaut oder Container aufgestellt würden. „Ich rate allen zur Gelassenheit“, sagt Täubert deshalb – und meint damit auch mögliche Stimmengewinne der AfD bei der Bundestagswahl durch die Debatte. Sollte es so kommen, dass in Lahr eine Erstunterbringung entsteht, erwartet Täubert Entlastungen bei der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

— **Jörg Uffelmann (FDP):** „Bei der Bevölkerung löst das keine Begeisterung aus“, konstatiert der FDP-Fraktionschef. „Das Land sucht landauf, landab nach Standorten für Erstaufnahmeeinrichtungen und geht dabei natürlich den Weg des geringsten Widerstands“, stellt er fest. Denn das Areal in der Vogesenstraße gehöre bereits dem Land. Deshalb hätte die Stadt keine rechtliche Handhabe, eine EA dort zu verhindern. Allenfalls bei bautechnischen Fragen würde man eventuell mitreden können, so Uffelmann. Sollte Lahr eine EA bekommen, müsste die Stadt bei der Anschlussunterbringung entlastet werden, fordert er.

→ **KOMMENTAR**

Kommentar



Von Felix Bender

Die Bürger ernst nehmen

Verkraftet Lahr eine große Asylunterkunft?

Eines scheint sicher: Sollte in Lahr ein Flüchtlingszentrum entstehen, würden die Entscheider in der Gunst der Wähler nicht steigen. Umso bemerkenswerter ist die klare Kante von Marion Gentges, die sich erst gar nicht in die Zwickmühle „Abgeordnete gegen Ministerin“ drängen lässt. Eine Sonderbehandlung Lahrs wird es während des Suchlaufs nicht geben. Punkt. Die Stadträte zeigen sich naturgemäß deutlich weniger neutral. Für die große Mehrheit steht fest: Lahr hat in Sachen Integration sein Soll übererfüllt. Das hatte Sozialbürgermeister Guido Schöneboom in der Vergangenheit schon deutlich gemacht. Und jetzt auch der OB. Markus Iberts Forderung nach Entlastung bei der vorläufigen Unterbringung, sollte Lahr tatsächlich Anlaufhafen für Hunderte Flüchtlinge werden, ist unmissverständlich. Die große Frage wird sein, ob das den Bürgern reicht. Die Reaktionen auf unsere Erstberichterstattung lassen nicht vermuten, dass die Lahrer gewillt sind, im großen Stil weitere Asylsuchende aufzunehmen, sei es auch nur für jeweils wenige Wochen. Keine unwichtige Rolle spielt dabei ganz offensichtlich die Nähe des avisierten EA-Standorts zum früheren Landesgartenschau-Gelände, das längst zu einem über die Stadtgrenzen hinaus beliebten Naherholungsgebiet geworden ist. Die Verantwortlichen tun gut daran, die Sorgen der Bevölkerung ernstzunehmen. Auch, aber nicht nur mit Blick auf die nahenden Bundestagswahlen.

Im Notfall

NOTRUFNUMMERN

Polizei: 110
Feuerwehr, Rettungsdienst, Notarzt: 112
Krankentransport: 0781/19222
Frauennotrufzentrale: 0781/9237980
Gift-Notruf: 0761/19240
Telefon-Seelsorge: 0800/1110111

APOTHEKEN

Löwen-Apotheke Lahr, Marktstraße 19 in Lahr, 07821/91720

ÄRZTE

Fahrdienst (ärztliche Hausbesuche): 116 117
Medizinisches Versorgungszentrum Ettenheim: 8 bis 18 Uhr, Telefon 07822/78 89 30

KRANKENHÄUSER

Lahr: 07821/93-0
Herzzentrum: 07821/925-0

Redaktion

Stadredaktion Lahr
Telefon: 07821/2783-142
Telefax: 07821/2783-150
E-Mail: stadt@lahrer-zeitung.de
Abo-Service: 07821/2783-136